

## Rede vom 11. September 2003, Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2004 (Haushaltsgesetz 2004)

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich muss schon sagen: Das war ein schöner langer Satz, Herr Montag.

Kurze Replik zu dem, was Sie eben gesagt haben, Herr Montag. Sicher, die FDP war 29 Jahre an der Regierung. Aber auch ich bin erst ein Jahr als Abgeordneter in diesem Parlament. Ich finde es bemerkenswert, dass Sie in Ihrem Fall herausstellen, dass Sie erst ein Jahr in diesem Parlament sind, aber mir die 29 Jahre vorhalten.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ging gegen Ihre Partei!)

Wir können hier ewig das Spielchen treiben, wer in der Vergangenheit der Schuldige war.

(Zuruf von der SPD: Hat er doch gar nicht!)

Wir alle sind gemahnt worden. Ich halte es für falsch, wenn man sich hier hinstellt und sagt, die anderen hätten alles schlecht gemacht – meine Fraktion lehnt auch manche Vorschläge von der CDU/CSU ab –, aber dann, wenn man selber hinterherhinkt – Herr Ströbele, Sie sind ja schon etwas länger dabei, Sie hätten das schon machen können –, so tut, als sei alles so schwierig.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Liebe Frau Ministerin, es ist richtig: Die Haushaltsgespräche funktionieren gut, auch schon in der letzten Legislaturperiode. Der Haushalt ist nach meiner Meinung trotz der Sparbedingungen, denen wir unterliegen, fair. Wir müssen schauen, an welcher Stelle wir etwas tun können und wo noch kleine Veränderungen möglich sind. Ich begrüße auch ausdrücklich, dass Sie auch diesmal angekündigt haben, bei den Berichterstattergesprächen dabei sein zu wollen; denn es ist für die Berichterstatter wichtig, zu merken, dass diese Gespräche nicht nur auf der Ministerialebene ankommen, sondern bis nach oben durchkommen.

Trotzdem will ich in Richtung Koalition einen Aspekt ansprechen. Wir hatten aufgrund des Job-AQTIV-Gesetzes im Entwurf eine **Sperre für das Bundesverfassungsgericht und den Bundesrechnungshof** vorgesehen, die wir nach Rücksprache im Haushaltsausschuss wieder gestrichen haben. Wir müssen meiner Meinung nach aufpassen, dass die Gewaltenteilung nicht dazu führt, dass bei einem Haushalt, der vom Parlament aufgestellt wurde, die Exekutive, gerade im Fall eines uns alle kontrollierenden Organs, anschließend auf der Grundlage ihres Rechtes zum Haushaltsvollzug Kürzungen vornimmt, auf die das Parlament keinen Einfluss nehmen kann. Ob man eine gesetzliche Regelung braucht, um das zu verhindern, weiß ich nicht. Ich hoffe nur, dass dieser Fall nicht wieder vorkommt.

Meine Damen und Herren, das **Bundesverfassungsgericht** ist deswegen für mich ein so wichtiges Thema – wir diskutieren in dieser Debatte ja nicht nur über den Justizhaushalt –, weil wir bei all den Reformen, die nun auf uns zukommen, mit Sicherheit damit rechnen können, dass das Bundesverfassungsgericht mit zunehmend mehr Verfassungsbeschwerden, Organklagen und Ähnlichem befasst werden wird.

Das Thema **Graffiti** ist eben angesprochen worden. Dabei handelt es sich um ein ewiges Thema. Man kann jetzt darüber nachdenken, wer es zuerst entdeckt hat. Aber ich finde die Richtung, die die SPD hier einschlägt, etwas zynisch. In meiner Heimatstadt Krefeld, wo die FDP und die SPD in der

Opposition sind, wird jetzt im Kommunalwahlkampf darauf hingearbeitet, dass das Sprühen von Graffiti unter Strafe gestellt wird und somit ein Ende findet.

(Dirk Manzewski [SPD]: Das ist in der Regel doch schon so!)

– Jetzt hören Sie doch auf damit. Wir wissen doch alle, worum es geht. Ihre Leute werben damit, noch einen Straftatbestand zu schaffen, und veräppeln die Wähler, indem sie so tun, als würden sie entsprechende Maßnahmen ergreifen, obwohl sie seit fünf Jahren sagen, dass hier nichts unternommen werden soll. Wo der Grund dafür sitzt, wissen wir.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dirk Manzewski [SPD]: Das ist schon ein Straftatbestand! Einfach mal ins Gesetz gucken!)

– Jawohl, Herr Vorsitzender Richter! Selbstverständlich, Herr Vorsitzender Richter!

Frau Ministerin, natürlich hat der Kollege Götzer Recht: Es ist weniger passiert. Ob es immer so schlecht ist, wenn es in einem Rechtsstaat weniger Gesetze gibt, weiß ich nicht; das kommt auf die Gesetze an. Aber seien wir doch einmal ehrlich: Sie haben im Endeffekt gesagt, besser keine Gesetze, es sei denn, die CDU/CSU macht mit.

(Dr. Wolfgang Götzer [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Die CDU/CSU macht bei entscheidenden Gesetzen gerne mit, nicht nur bei der Gesundheitsreform, die verfehlt ist, sondern auch bei anderen Gesetzen, die verfehlt sind. Ich würde mir schon überlegen, ob ich bei allem Möglichen mitmache, was aufseiten der Regierungskoalition gemacht wird, und mich dann nachher mit stolz geschwellter Brust dagegen wende, wenn es um andere Themen geht.

(Beifall bei der FDP)

Frau Ministerin, die FDP erwartet von Ihnen nicht nur ein neues **Strafvollzugsgesetz**, sondern Sie sind – das wissen Sie – auch mit dem **Untersuchungshaftvollzugsgesetz** hinterher. Auch da sei mir ein freundlicher Hinweis an die Grünen gestattet, in diesem Fall an Herrn Ströbele und nicht an Herrn Montag, weil der ja erst seit einem Jahr im Bundestag ist. Da ist fünf Jahre lang nichts passiert. Auch da könnte man etwas tun. Die Verhinderer sitzen eher auf der Bank der SPD. Warum das nicht klappt, wissen wir auch alle.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine gute Erkenntnis!)

Zwar sitzen die Verhinderer da, aber was machen wir? Entweder legen wir keinen Gesetzentwurf vor oder es ist wie bei der von der FDP begrüßten, jetzt endlich stattfindenden **Gebührenreform**. Dass wir jetzt eine Gebührenreform bekommen werden, ist doch nicht darauf zurückzuführen, dass wir uns alle jetzt einig sind, sondern es ist darauf zurückzuführen, dass die Länder sagen: Wir kriegen genug Knete, deswegen darf es auch für die freien Berufe nach zehn Jahren eine Gebührenerhöhung geben. – So liegt doch der Fall.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist das im Leben!)

– So ist das im Leben, Herr Montag. Aber dann frage ich Sie einmal: Halten Sie es für richtig, dass die Höhe der Einnahmen für jemanden mit einem freien Beruf, den Sie der Gewerbesteuer unterwerfen wollen, künftig davon abhängt, dass die Länderfinanzminister sagen: „Aber nur, wenn ich auch Geld kriege“? Wir erwarten von einem Anwalt – anders als von einem Gewerbetreibenden –, dass er nicht nur danach schaut, wie er seinen Gewinn maximieren kann, sondern wir erwarten von ihm, dass er Beratungshilfe macht, dass er Pflichtverteidigungen macht und dass er Verfahren im Rahmen der Prozesskostenhilfe übernimmt.

Wenn wir all das tun, meine Damen und Herren von Rot-Grün, aber gleichzeitig sagen, dass das ein Gewerbe ist und der Gewerbesteuer unterfällt, dann ist das ein Widerspruch. Wenn die Frage, wie viel Gebühren man dafür erheben kann, auch noch davon abhängt, wie viel zusätzliches Geld die Länder bekommen, dann beschädigen wir auf Dauer eine der wesentlichen Säulen unseres Rechtsstaates. Das kann es nicht sein.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich komme zum Schluss. Wir werden bei den Haushaltsverhandlungen mit Sicherheit noch einige Einsparungen vornehmen müssen. Das ist wohl zu erkennen. Aber wir müssen aufpassen, an welcher Stelle wir sie vornehmen. Frau Ministerin, ich sage einmal so: Sie werden aufseiten der FDP teilweise eine größere Unterstützung finden – das wissen Sie aus den vorhergehenden Gesprächen – als aufseiten Ihrer eigenen Koalitionäre. Ich hoffe, dass wir Sie nicht zu sehr unterstützen müssen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)